

**Antrag des Parteivorstandes an den 69. Parteitag der CSU
am 19./20. November 2004 in München**

Privilegierte EU-Partnerschaft der Türkei

Die als Antwort auf die europäischen Katastrophen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts geborene Idee der Integration Europas, die von den Römischen Verträgen 1957 über den Maastricht-Vertrag 1992 bis zum Projekt eines europäischen Verfassungsvertrags wirkt, stößt nunmehr an geographische, ökonomische, kulturelle, strukturelle, finanzielle und politische Grenzen. Sie bedarf im Hinblick auf benachbarte Staaten insbesondere östlich, aber auch südlich der Grenzen der EU einer Ergänzung durch neue Modelle enger Zusammenarbeit, die eine möglichst enge jeweils auf die Beziehungen mit diesen Ländern zugeschnittene Kooperation ermöglicht, ohne die Struktur der EU und der Partnerstaaten jeweils in Frage zu stellen. Der Entscheidung über die Kooperation mit der Türkei kommt in diesem Sinne eine grundsätzliche Bedeutung zu – gerade im Hinblick auf Beitrittswünsche etwa der Ukraine.

Die Türkei ist seit jeher ein enger und treuer Verbündeter Deutschlands und ein verlässlicher NATO-Partner, der gerade unter den veränderten Sicherheitsbedingungen und bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus eine herausgehobene strategische Bedeutung für Europa hat. Die Türkei hat sich seit der Ausrichtung auf den Westen durch Kemal Atatürk zum einzigen säkularen Staat mit demokratischer Struktur in der islamischen Welt entwickelt. Die laizistischen Kräfte haben sich immer als Garanten der Stabilität verstanden bis hin zur mehrfachen gewaltsamen Befriedung durch das Militär. In den letzten Jahren ist ein deutlicher Zugewinn in der Krisenfestigkeit der demokratischen Strukturen und rechtsstaatlicher Reformen festzustellen. Es liegt im Interesse Europas, die europäische Orientierung und den Reformprozess der Türkei nachdrücklich zu fördern. Zudem leben in Deutschland fast 3 Millionen Mitbürger türkischer Herkunft – viele von ihnen deutsche Staatsbürger – die großteils in unsere Gesellschaft integriert sind und nicht zuletzt zur Wirtschaftskraft Deutschlands beitragen.

- 1. Ziel der CSU ist eine privilegierte Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und der Türkei als Alternative zu einer Vollmitgliedschaft. Das Konzept einer privilegierten Partnerschaft statt eines Beitritts trägt dem bei-**

./.

derseitigen Bedürfnis nach einer engen nachbarschaftlichen Zusammenarbeit und der europäischen Perspektive der Türkei Rechnung, ohne einen der Partner zu überfordern:

- Eine privilegierte Partnerschaft geht über die zwischen der Europäischen Union und der Türkei eingegangene Assoziierung und Zollunion hinaus und soll eine umfassende Freihandelszone entwickeln.
 - Sie soll die Zusammenarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft vertiefen und eine Strategie zur kontinuierlichen Heranführung der Türkei an die EU-Standards in allen wichtigen EU-Politikbereichen wie Umweltschutz, Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen, Gesundheits- und Verbraucherschutzstandards, Arbeitsrecht sowie Kartell- und Beihilfenrecht entwickeln.
 - Eine privilegierte Partnerschaft soll die Türkei verstärkt in die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik GASP einschließlich der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ESVP einbeziehen.
 - Sie soll die Bekämpfung von Terrorismus, Extremismus und organisiertem Verbrechen durch Zusammenarbeit der Behörden und Institutionen im Innen- und Justizbereich intensivieren.
 - Sie soll eine partnerschaftliche, institutionelle Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe zwischen der Türkei und der EU begründen.
 - Sie soll finanzielle Hilfen beinhalten, die über den bisherigen Umfang hinaus gehen können, ohne volle Teilnahme an den europäischen Strukturfonds und der Agrarpolitik.
2. Die EU-Kommission hat am 6. Oktober 2004 die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei empfohlen. Über diese Empfehlung wird der Gipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs am 17. Dezember 2004 entscheiden. Die CSU hält die Empfehlung der EU-Kommission für falsch. Die EU wäre aus Sicht der CSU mit einem Beitritt der Türkei politisch, finanziell und sicherheitspolitisch überfordert. Zugleich würde die Türkei selbst durch eine zu schnelle Übernahme

der hohen EU-Standards in ihrer Entwicklungsdynamik gehemmt. Sollte der Europäische Rat der Empfehlung der Kommission folgen, müssen die Verhandlungen tatsächlich vom Ziel und Ergebnis her offen geführt werden, so dass eine privilegierte Partnerschaft eine realistische Option bleibt.

- Ein EU-Beitritt der Türkei würde die Perspektive einer politischen Union Europas außer Kraft setzen und das in fünf Jahrzehnten gewachsene Einigungswerk Europas in Frage stellen. Es bestünde die Gefahr einer Rückentwicklung der europäischen Integration und eines nachhaltigen Vertrauensverlusts der EU bei ihren Bürgern. Die großen wirtschaftlichen und kulturellen Disparitäten einschließlich des gewaltigen Gefälles in der Türkei selbst sowie die mit einem Beitritt der Türkei verbundenen Kostenrisiken für die EU werden nicht ausreichend gewichtet. Die Integrationskraft der EU würde durch eine Vollmitgliedschaft der Türkei überfordert werden. Die EU würde sich damit auch weit über ihre geografischen Grenzen hinaus ausdehnen.
- Die EU steht jetzt vor der Aufgabe, die größte Erweiterung ihrer Geschichte zu bewältigen. Die Heterogenität in Wirtschaft und Gesellschaft der heutigen EU-25 einschließlich der weiteren Beitrittskandidaten erfordert eine außerordentliche Kraftanstrengung, um diesen Prozess erfolgreich zu gestalten. Die solidarische Hilfe für die weniger entwickelten Mitgliedstaaten wird an die Grenzen der finanziellen Leistungsfähigkeit der EU stoßen. Daher muss die Konsolidierung der bestehenden EU Vorrang vor einer weiteren Erweiterung haben.
- Auf Grund der begrenzten Wirtschaftskraft der Türkei insgesamt, des erheblichen wirtschaftlichen Gefälles innerhalb der Türkei sowie wegen ihres Agrarsektors könnte die Türkei jährlich bis zu 28 Milliarden € aus dem EU-Haushalt beanspruchen. Das würde die EU und Deutschland als größtem Nettozahler, der zusätzlich zu seiner schon jetzt steigenden Netto-Belastung mindestens weitere 6 Milliarden € jährlich leisten müsste, weit überfordern.
- Zudem droht als Folge des großen wirtschaftlichen Gefälles eine erhebliche Zuwanderung nach Deutschland, die die schon heute bestehenden Integrationsprobleme massiv verschärfen und zum Entstehen von Parallelgesellschaften führen würde.

- Mit der Türkei als Mitglied hätte die EU gemeinsame Außengrenzen mit dem Irak, dem Iran und Syrien. Damit würde die EU von krisenhaften Entwicklungen in dieser Region unmittelbar betroffen. Außerdem würde die Erhaltung der inneren Sicherheit in der EU erheblich erschwert.
- Die Türkei hat in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen, um sich den europäischen Standards anzunähern. Die politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Reformen in der Türkei haben aber noch nicht zu dem für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen notwendigen Ergebnis geführt. Es ist keineswegs gesichert, dass die Reformen Bestand haben werden. Es ist eine hochriskante Strategie, den Beitrittsprozess als Reformmotor nutzen zu wollen.
- Wesentliche Probleme bei den Menschenrechten werden in den Schlussfolgerungen der EU-Kommission nur angedeutet. Diese Defizite werden dadurch belegt, dass Asylbewerber aus der Türkei die größte Flüchtlingsgruppe in Deutschland bilden und die Türkei im Entwurf der EU-Asylverfahrens-Richtlinie nicht als sicherer Drittstaat qualifiziert wird.
- Die Türkei selbst wäre von einer schnellen Anpassung an die hohen EU-Standards – beispielsweise im Umweltschutz, im Arbeits- und im Wettbewerbsrecht – politisch und wirtschaftlich überfordert. Die nachteiligen Auswirkungen eines zu schnellen Anpassungsprozesses oder Beitritts der Türkei könnten zu Desillusionierung und Destabilisierung in der Türkei führen.
- Unredlich und unrealistisch ist die Argumentation der Beitrittsbefürworter, dass die Verhandlungen ohnedies bis zu 15 Jahren dauern. Wenn der Verhandlungsprozess solange dauern würde, zeigt dies, dass die Türkei für Beitrittsverhandlungen nicht reif ist.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hans-Reidel-Stiftung. Weiterabgegeben gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP